

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

1908. Nr. 124. Zweite Ausgabe
Freitag, 13. März 1908.
Anzeigengebühren i. d. schlagpattene Zeitzeile oder deren Raum i. Halle u. ben. Postleitz. 20 Hg., auswärts 25 Hg. Welchen am Schluss des redaktionellen Teils die Zeile 100 Hg. Tages-Anzeige d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Gedruckt: Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.
Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14.
Telephon-Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung staatlichen Besitzes an Steinkohlenfeldern, in welchem sie der Reichsregierung den Betrag bis 55 Millionen Mark zur Verfügung stellt, an.

Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses hat über die Beratung des Antrages betreffend die strafrechtliche Behandlung jugendlicher Personen Bericht erstattet und beantragt, den Antrag in folgender veränderter Form anzunehmen: Die Reichsregierung zu erwidern, 1. im Bundesrat für eine Änderung der Vorschriften über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen einzutreten; 2. nach Möglichkeit zu versuchen, dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Veränderung des Strafrechts gegen jugendliche Personen in dem bereits angefertigten Entwurf entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Regierungssitzung war erklärt worden, daß der Entwurf einer neuen Strafprozessordnung dem Reichstag nahe sei, er auch die Jugendlichen berücksichtigen werde.

In der Budgetkommission des Reichstages über deren geistige Verhandlungen wir schon kurz berichtet wurde, der Antrag, der u. a. die Vorbereitung einer Umwandlung von zwei Feld- in zwei Bionier-Regimenten und eine entsprechende Verminderung der Zahl verlangt, mit großer Mehrheit angenommen. Bei der Forderung von 4,8 Millionen an Ersatzkosten wurden 23.000 Mann getrieben.

In der Sitzung der Vorkommnisse des Reichstages wurde am Donnerstag der Vorkommnisse unter Ablehnung der Regierungsvorlage und aller Änderungsanträge in der durch das bisher geltende Recht vorgeschriebenen Weise aufrecht erhalten und demgemäß die Paragraphen 54 bis 65 des geltenden Gesetzes überrevidiert.

Die Kommission des Reichstages für das Viehsteuergesetz nahm den § 9 (Angeheißene) im wesentlichen als der Regierungsvorlage an, nachdem die Angeheißene der Vorarbeiten auf Antrag der Kommission getrieben war. Bezüglich derjenigen, die sich gewerbsmäßig mit Kastration beschäftigen, sind ebenfalls die Angeheißene beschlossen. § 10 handelt von den Kastratoren, auf die die Angeheißene erstreckt. Gegen Nr. 8: über die Einfuhr und den Verkauf, erließ sich zunächst ein Bericht, nachdem aber von der Regierungsvorlage abgesehen war, den §§ 12 und 17 die Bestimmungen der Kastration so zu fassen, daß den allgemeinen Gedanken der Kommission Rechnung getragen würde und den Kastratoren durch Abweisung des Kastrationsgesetzes Gleichstellung gegeben war, wurde auch von der Kommission anerkannt, daß durch das vorgeschriebene Verfahren nur Vorkehrungen getroffen werden und einheimisch beschaffene, künstliche die Angeheißene für Klübe bei Schafen im Gesetz aufrecht zu erhalten. Bei den Punkten 9 und 10, die von Schweinefleisch, Schweinefleisch, Mastbau usw. handeln, lag ein Antrag vor, Schweinefleisch und Wurstwaren zu freizeichnen. Die Beratung darüber kam noch nicht zu Ende, doch ist sich nach dem bisherigen Verlauf anzunehmen, daß sich eine Mehrheit für diesen Antrag findet.

Die Wahlpflichtkommission des Reichstages erklärte die Wahl des Abgeordneten Raden (Sos.) für ungültig.

Die Freistimmigen und der „Sprachenparagraf“.

Während die Freistimmigen sich mit allen Kräften dagegen sträubten, dem Sprachenparagrafen des Reichstagsbeschlusses ihre Zustimmung zu geben und sogar den Antrag eingebracht haben, dessen Bewirkung dem Freistimmigen Leiter einer Versammlung das Recht geben solle, die Anwendung der deutschen Sprache zu verbieten, nicht ein Freistimmiger aus der Provinz Westpreußen an die Reichstags-Sitzung.

Es ist wiederholt gesagt worden, daß wir die Polen, wenn sie für öffentliche Versammlungen die deutsche Sprache verlangen, gewisse Versammlungen abzuhalten, die viel gefährlicher seien. Aber über längere Zeit hierzulande gelebt hat, daß die Polenversammlungen, in denen ausschließlich Polnisch gesprochen wird, gerade deshalb recht eigentlich gewisse Versammlungen sind. . . . So wie wir geht es allen Versammlungen, für uns sind diese öffentlichen Versammlungen auszuweisen. . . . Denn auch die deutsche Presse kann über diese Versammlungen nicht was Meistes berichten. Es berichten die Versammlungen wohl die politischen Zeitungen. Wie? Es enthält sich jeder Kontrolle und was hilft es uns Deutschen? können sie ja nicht lesen. Die deutschen Zeitungen können nicht an einen Ort politisch sprechende Versammlungen gehen, und so fehlen gewisse Berichte auch in der Presse. Ist das noch Öffentlichkeit? Die politischen Versammlungen enthalten viel vollständig der Überwachung durch die deutsche Öffentlichkeit, sie spielen sich hinter der Wand der politischen Sprache ganz im Geheimen ab. . . . Und nun noch davon in einem Wahlkreise ein polnischer Abgeordneter gewählt wird, wie das in meinem Wahlkreise geschehen ist, dann sind alle Deutschen vom Reichstag ausgeschlossen. Denn unser Herr Abgeordneter spricht nur polnische Versammlungen in polnischer Sprache. Und deshalb ist dann jeder Zusammenhang mit ihm. Wir hören

seinen Bericht nicht. Unser gutes Recht, ihm zu entgehen, ihn zu interpellieren, geht einwand verloren. Wir haben eben keinen Abgeordneten. Ist das wohl in der Ordnung? Wir Deutschen sind in dem politischen Kampfe gegen die Polen aber rechtlos, wenn das politische Leben sich nicht in einer auch uns verständlichen Sprache abspielt.

Sie recht freistimmige praktische Erfahrung gegen freistimmigen Doktrinarismus. Man wird darauf gespannt sein können, welche dieser Richtungen den Sieg davonträgt.

Aus Deutsch-Südwestafrika

wird amtlich gemeldet: Am 8. März wurde eine deutsche Patrouille, die aus einem Sergeanten, drei Reitern und zwei Eingeborenen bestand, bei Kubub (zwischen Stos und Gabis am Westufer der Kalahari) von etwa 25 Gottenotten erschossen. Der nach Norden abziehende Gegner wurde durch Oberleutnant Müller mit 26 Reitern verfolgt. Auch in diesem Falle dürfte es sich wie bei früheren Überfällen in jener Gegend, um Leute Simon Coppers handeln.

Die kleinen Karraaberge wurden von einer Kompanie abgeführt, nachdem dort in letzter Zeit eine Gottenottenbande verschiedene Viehdiebstähle verübt hatte. Einer Patrouille gelang es, der Bande sämtliche geflohenen Vieh und das Eingeborenengerät abzunehmen.

Von dem Kommando der Schutztruppe sind die erforderlichen weiteren Maßnahmen zur Unschädlichmachung der erwähnten Banden in die Wege geleitet.

Die alte Eigentümer.

Ueber die „Times“ als sehr alte Eigentümer schreibt die „Meier-Zeitung“:

Die neueste Wiederaufnahme der Londoner „Times“ in ihrem Geschäftsverlauf, der Zeitgeschichte, bringt mit einem Kompensations aus dem Jahre 1864, aus der Zeit des deutsch-dänischen Krieges, in Erinnerung:

Dreihundert Dänen schlug der Preuze tot, und einen Dänen schlug er gar noch toter; Darob John Bull vor Jörn nach blutig rot, und wieder mit der ganzen Flotte droht er. Die „Times“ hat es getreulich referiert: Sie lag es nicht, sie lag es sich nur liegen; Wenn sich John Bull so abermals blamiert, So laßt ihn doch das sinnliche Vergnügen. Man sieht, wie alt die seltsame Gewohnheit der „Times“ ist. Liegen und immer wieder Liegen aufzuführen. Denn die gutwärtige Annahme des Kompensations, daß die „Times“ sich hätte belügen lassen, traf ihn damals nicht mehr zu. Das damals noch angelebte Wort Englands war offenbar von Ambrosius von Venedig hergekommen und hat nach dem Regel mundus vult decipi von jeder sein Leben vornehmlich durch Lügen gestützt. Es bleibt ein physiologisches Rätsel, daß in einer Nation, die hoch über dem Verdacht steht, der Lüge ein Ehrenkleid zu weben, ein Blatt, das ein so nichtswürdiges Gewerbe treibt, jemals zu Ansehen hat kommen können.

Die Aufregung eines Teiles der Engländer über den Kaiserbrief führt Professor Schjennan in der „Kreuzzeitung“ durch den Hinweis auf die Königin Victoria ad absurdum.

1871 während der orientalischen Krisis schrieb Königin Victoria direkt dem Kaiser in Bismarck und verlangte von ihm, daß er den Krieg zwischen Preußen und der Türkei verbiete. Er antwortete ausweichend. Danach folgte ein zweiter Brief ihrer britischen Majestät an den kaiserlichen Kanzler, der die Forderung nachdrücklicher wiederholte. Dieses Mal war die Antwort etwas positiver in der Form, aber noch nicht im Sinne der Königin, die sich dem an den Kaiser wandte. Die Nachricht kam von Paris zurück und ist veröffentlicht in dem von der „Times“ reichlich angeführten Buch: Bismarck. Some secret pages of his history. Im Juni 1882 kommt er im Gespräch mit Bismarck auf eben diese Angelegenheit zurück und bezeugt sie ausdrücklich, so daß die Tatsache selbst nicht bestritten werden kann.

Der Kampf gegen den Anarchismus in Italien.

Aus Livorno wird gemeldet, daß dort Mittwoch nachmittag eine Bombe explodiert ist. Die Polizei drang in die Wohnung eines bekannten Anarchisten ein, den sie für den Urheber der Explosion hielt. Der Anarchist leistete aber, unterstützt von seiner Mutter und einem Selbstkäufer, energischen Widerstand, so daß es großer Mühe bedurfte, sie zu überwinden. Bei der nun vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden zahlreiche Explosivstoffe vorgefunden. Im Besitz eines zweiten Anarchisten, der anfangs entwichen war, aber bald festgenommen werden konnte, fand die Polizei einen Schwefel mit anarchotheoretischen Dokumenten von großer Wichtigkeit vor. Diese Papiere sollen sich angeblich auf die Ermordung von Anarchisten beziehen. Der zuletzt eingefangene Anarchist war auch im Besitz eines blutbefleckten Dolch's. Im Laufe des Tages nahm die Polizei in Verbindung mit dieser Entdeckung drei weitere Verhaftungen von Anarchisten vor.

Die italienische Regierung hat einer weiteren Witterung zufolge energische Maßregeln gegen die anarchotheoretische Propaganda getroffen. In

Kaislande wurde eine große Menge antimilitaristischer Flugblätter beschlagnahmt. Die Militärbehörden verfahren, es sei ausgeschlossen, daß diese Flugblätter schon in die Kasernen eingedrungen seien.

Maratonische Fragen.

Das Neapolitanische Bureau erklärt, daß die britische Regierung die Antworten auf die russische und italienische Note betreffend die maratonischen Eisenbahnprojekte abgibt. Die Note seien in der Sache schlüssig. Die Antwort Englands in beiden Fällen beweise sich in ähnlichen Grundzügen und erhalte. Englands Haltung sei bei einer wohlwollenden Neutralität gegenüber allen maratonischen Eisenbahnprojekten. Doch sei England nicht bereit, einen der Pläne tätig zu unterstützen, bis die Werte einem wirtschaftlichen Rechenformelzug zugestimmt habe. Der sardinische Vorstoß gegen einen Generalgouverneur der Markomannen zu ernennen, sei mit der Annahme verbunden worden, den Wächtern am 10. Juli den Vertrag mitgeteilt zu werden. Der Vertrag sei in den Einzelheiten in Uebereinstimmung gebracht worden mit dem in der Rede gegen den Generalgouverneur, nämlich daß ein italienischer Generalgouverneur von Charakter und Fähigkeiten, Hochkommander oder Chief, ernannt werden sollte, und zwar mit der Billigung und der Sanction der Mächte, der ohne ihre Zustimmung nicht abgebar sein solle und dessen Amt für eine bestimmte Reihe von Jahren gesichert werden müßte.

Maroffo.

Nach einer Meldung des Generals V. Made hat die vollständige Niederlage der Maroffo eine bedeutende Wirkung gehabt. Der General hat mehrere eigenhändige Schreiben von Muly Safid und dem Führer seiner Mahallas erhalten, in denen sie um Aufhebung der Operationen nachsuchen und um Frieden bitten. Außerdem haben die beiden Minister Muly Safid, El Ghani und Agui, ihre Unterwerfung jetzt in aller Form angeboten.

Die spanischen Truppen haben Donnerstag früh Cabo del Agua, ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzt. Die Maroffo, der gestern in Madrid eingetroffen ist, besuchte den spanischen Minister des Aeußeren, mit dem er die allgemeine Lage in Maroffo besprach, gab hierbei seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es Abdul Afis gelingen werde, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, und beglückwünschte sich zu den herzlichen Beziehungen zwischen dem Madrider Kabinett und dem Wachsen.

Deutsches Reich.

* Vor Venedig. Die zweite Division des aktiven italienischen Feldmarschalls ist gestern nach Venedig abgegangen. Die „Hohenollern“ liegt, wie mitgeteilt, bereits im dortigen Hafen vor Anker.

* Feuerungsanlagen. Wie eine Berliner parlamentarische Korrespondenz mitteilt, sind die Entwurfe betr. Zahlung von Feuerungsanlagen an Beamte als Ergänzungsetat fertiggestellt und werden nach Genehmigung des Bundesrats und des Staatsministeriums in der nächsten Woche vorläufiglich dem Parlamenten zugehen.

* Gehaltsaufbesserungen der Offiziere und Mannschaften. Der „Köln. Bzg.“ wird aus Berlin telegraphisch: Die Heeresverwaltung hat die Ausführung der Absicht, dem Reichstage einen Nachtragsetat zur Aufbesserung der Dienstentlohnungen für die unteren Grade bis zum Hauptmann aufwärts vorzulegen, aus nachfolgenden Gründen bis zum Herbst vertagen müssen. Es wird aber daran festgehalten, daß diese Gehaltsaufbesserung mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 ab bewirkt wird, und daß an ihr nicht nur die aktiven, in Dienst befindlichen, sondern auch die nach dem 1. April 1908 verabschiedeten Offiziere oder deren Hinterbliebenen teilnehmen sollen. Es besteht nicht die Absicht, die vor dem 1. April 1908 verabschiedeten Offiziere oder deren Hinterbliebenen an den Folgen der Gehaltsaufbesserung teilnehmen zu lassen.

* Haftpflichtgesetz. Dem Bundesrat werden in nächster Zeit ein Automobil-Haftpflichtgesetz und ein Beamten-Haftpflichtgesetz (letzteres in dem Sinne des dem preussischen Landtage vorgelegten Gesetzes) zugehen.

* In der zweiten Session der Kammer erklärte Staatsminister Braun in seiner Einleitung, die Lage der Landwirtschaft sei im Vergleich zum Handel und zur Industrie nur teilweise befriedigend. Für einen nachhaltigen Wirtschaftswachstum sei es erforderlich, das zu lösen, was die Wirtschaft in der Landwirtschaft. Auch hier würde eine Reform möglich sein, denn die Zustände der Industriearbeiter zwinge sie, zur Landwirtschaft zurückzukehren. Zur Erhaltung und Gewinnung des Mittelstandes seien Reformen in der Grund- und Gewerbesteuer notwendig. Weiter müsse dem Mittelstande geholfen werden durch Entlastung und Förderung der Zulieferungsindustrie und durch Vereinfachung, sowie Vereinfachung des Handelsverkehrs. Die Gewerbesteuer, wie der Reichstag und Reichsanwalt. Es trage sich dabei, ob man dem preussischen oder dem sächsischen Muster folgen solle, d. h., ob man dem Staat oder den Gemeinden die Besteuerung überlassen solle. Weiter verordnete sich der Minister über den Reichs-Steuer-Einheitsgesetz, der ein ganzes Gesetz von vereinfachten Bestimmungen mitteilen wird. Der Minister erklärte sich mit den Bestimmungen des Gesetzentwurfes im ganzen einverstanden.

